

30.04.2010 / Inland / Seite 8

## » Die Überlebenden werden das wohl nicht hinnehmen«

### Bahn AG und Bundesregierung behindern nach wie vor den »Zug der Erinnerung« an Deportationen ins KZ. Ein Gespräch mit Hans-Rüdiger Minow

Interview: Gitta Düperthal

**Anlässlich des 65. Jahrestages ihrer Befreiung wollen die letzten Überlebenden der Reichsbahn-Deportationen in Konzentrationslager den »Zug der Erinnerung« begleiten, den Ihr Verein mit zahlreichen Ausstellungsstücken durch ganz Deutschland schickt. Doch die Bahn AG hat die Einfahrt des Zuges für den 8. Mai in Berlin-Grunewald nicht freigegeben, und will auch die Gleise in Berlin-Spandau dafür sperren. Herrscht keine Einsicht?**

Wir hatten gehofft, daß sich der Umgang mit der eigenen Geschichte nach dem Wechsel in der Chefetage der Deutschen Bahn AG ändert. Diese Hoffnung hat sich bereits im Frühjahr 2009 zerschlagen, als wir die neue Fahrt des »Zuges der Erinnerung« vorbereitet haben. Seitdem wir damals unsere Route und den Plan, nach Berlin zu kommen, mitgeteilt haben, herrscht Sprachlosigkeit. Die staatliche Aufsichtsbehörde, die das Bahnwesen in Deutschland reguliert, die Bundesnetz-Agentur, hat mehrfach zu vermitteln versucht, um die Bahn an einen Tisch mit uns zu bringen. Doch alle Bemühungen sind im Vorstand der Bahn AG auf Ablehnung gestoßen. Im Moment teilt man uns über Dritte mit, man sei immer noch nicht in der Lage, Bahnhöfe in Berlin für den »Zug der Erinnerung« freizugeben.

**Sie hatten nicht nur Bahnchef Rüdiger Grube angeschrieben, sondern auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Hüllt der sich auch in Schweigen?**

Wir hatten den Minister um eine humanitäre Geste für die überlebenden Deportationsopfer der Reichsbahn gebeten. Diese Bitten werden seit Monaten nicht beantwortet – weder auf unser erstes Schreiben vom 9. November hat er reagiert, noch auf ein darauffolgendes. Die Bundesregierung ist offenkundig nicht bereit, sich mit dem Leid der Überlebenden auseinanderzusetzen.

**Wer unterstützt dieses Anliegen?**

Zehntausende Menschen haben unsere Ausstellung besucht. Gewerkschafter und einzelne Bundestagsabgeordnete haben versucht, auf die Bundesregierung einzuwirken. Die CDU/FDP-Koalition hält aber – wie vergangene Regierungen auch – beschämenderweise daran fest, alle Forderungen abzuwehren. Auch am Beispiel der 1944 von der SS massakrierten Dorfbevölkerung von Distomo in Griechenland ist zu sehen, wie sich die Bundesregierung gegenüber Opfern des Nationalismus und ihren Angehörigen verhält.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte sich seit 1949 erfolgreich jeglicher Reparationszahlungen entledigen. Erst hieß es: Wir müssen auf die Vereinigung Deutschlands warten. Danach: Jetzt ist das durch den Zeitablauf erledigt! Man ist nicht bereit, sich den Verpflichtungen des Erbes des Deutschen Reiches zu stellen – ausgenommen, man verspricht sich davon Gewinne. Diese Politik wird auf dem Rücken der Überlebenden betrieben – und auf der Erde, in der die Knochen der Toten begraben liegen.

**Wie reagieren die Überlebenden der Deportationen auf diese Haltung?**

Mit einer »Warschauer Erklärung« haben sie sich an die Bundesregierung gewandt – und diese in einer – wie ich finde – sehr höflichen Art an ihre Verpflichtungen erinnert. Die Antwort ist: Es gibt keine Gespräche und keinen runden Tisch. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die im Kindesalter mit Zügen der Deutschen Reichsbahn in Zwangs- und Vernichtungslager verschleppten Überlebenden das hinnehmen werden. Die Gesamtzahl der Betroffenen wird auf über drei Millionen Menschen geschätzt, Tau-

sende starben in den Güterwagen – nach vorsichtigen Berechnungen nahm das staatliche Bahnunternehmen dabei – auf heutige Zahlen umgerechnet – rund 455 Millionen Euro ein. Juristische und historische Erben sind das deutsche Verkehrsministerium und die Reichsbahn. 21 Opferverbände aus fünf Staaten haben angekündigt, notfalls gerichtlich vorzugehen. Das Renommee der Bahn AG und der Bundesregierung könnte so erheblich Schaden nehmen.

**Welche Möglichkeiten der Unterstützung gibt es?**

Entweder kann man eine Petition an die Bundesregierung auf der Internetseite [www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu) unterschreiben. Solidarität kann man aber auch dadurch zeigen, daß man auf Bahnhöfen, auf denen der Zug hält, Gedenktafeln mit den Namen der Opfer anbringt und sie auf diese Weise ehrt und der Anonymität entreißt.